



Pressemitteilung

Bezirksgeschäftsstelle Wels

A-4600 Wels, Karl-Loy-Straße 17

Tel.: 07242 / 46 7 96

Fax: 07242 / 26 6 46

raimund.buttinger@spoe.at

www.wels.spoe.at

Montag, 11. März 2010

SPÖ Wels fordert Strafjustiz und Verfassungsschutz zum Handeln auf:

„Reinthal er setzt NS-Wiederbetätigung fort“

Parlamentarische Anfragen an Justiz- und Innenministerin

Seit vergangenem Freitag steht die Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes fest: Die Welser Stadtwahlbehörde hat Ludwig Reinthal er und seine „Bunten“ im Vorjahr völlig zu Recht von der Bürgermeister- und der Gemeinderatswahl ausgeschlossen. Begründung: Sie haben sich nationalsozialistisch wiederbetätigt.

Nach diesem klaren Urteil eines Höchstgerichtes fordert die SPÖ Wels die Staatsanwaltschaft Wels und das Landesamt für Verfassungsschutz zu konkreten Maßnahmen auf: „Schon im August 2009 hat die Stadtwahlbehörde gegen Reinthal er und die „Bunten“ Strafanzeige wegen NS-Wiederbetätigung erstattet. Spätestens jetzt müssen die zuständigen Behörden dafür sorgen, dass Reinthal er und alle „Bunten“-Kandidaten, die einschlägig aktiv waren, vor Gericht gestellt werden!“, betont SPÖ-Bezirksgeschäftsführer Raimund Buttinger.

Er verweist darauf, dass jede Menge Belastungsmaterial vorliegt und Reinthal er schon zwei andere maßgebliche Prozesse verloren hat: 2007 hat der Verfassungsgerichtshof die behördliche Untersagung einer von Reinthal er angemeldeten Demonstration bestätigt, weil Verstöße gegen das NS-Verbotsgesetz zu erwarten waren. Und erst im Sommer des Vorjahres hat Reinthal er vor dem Landesgericht Linz einen Prozess gegen die „Kronenzeitung“ verloren, die ihn einen „Braunen“ genannt hatte.

„Niemand kann nach drei eindeutigen Urteilen behaupten, dass es nicht zu Anklagen gegen die Rechtsextremisten reicht“, sagt Buttinger. „Es ist

höchste Zeit für strafrechtliche Konsequenzen! Sonst macht sich der Rechtsstaat lächerlich.“

Dass Reinthaler die „Bunten“ per „Todesanzeige“ aufgelöst hat, ist für die SPÖ Wels kein Argument: „Erstens beseitigt das nicht die Strafbarkeit bereits begangener Delikte. Zweitens hat der unverbesserliche Braune Reinthaler ausdrücklich angekündigt, seine Umtriebe – nur unter anderem Titel – fortzusetzen. Und drittens hat er sich erst vor wenigen Tagen wiederbetätigt: Indem er am Montag in der Fernsehsendung „Thema“ durch das Herzeigen rassistischer Parolen erneut Ausländerhetze betrieben hat“, so der SPÖ-Bezirksgeschäftsführer. Die Ausländerhetze der „Bunten“ war für die aktuelle Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes besonders wichtig gewesen.

Buttinger abschließend: „Wir Welser Sozialdemokraten werden unserer Forderung nach strafrechtlichen Konsequenzen Nachdruck verleihen! Unser Bezirksvorsitzender Franz Kirchgatterer hat angekündigt, als Nationalratsabgeordneter entsprechende Parlamentarische Anfragen an Justizministerin Bandion-Ortner und an Innenministerin Fekter zu richten. In einer Zeit, in der die KZ-Gedenkstätte Mauthausen geschändet wird und eine Präsidentschaftskandidatin durch rechtsextreme Tendenzen auffällt, darf es keinen schlampigen Umgang der zuständigen Behörden mit Neonazis geben!“